

G8-GIPFEL

Wassermarkt in Evian



Themenmix beim G8-Protest, Demo in Genf am 1. Juni 2003

(Foto: epa)

Ob offizielles G8-Treffen oder Gegengipfel: Über die lebenswichtige Wasserversorgung wurde überall in Evian diskutiert. Für "eine andere Welt" mit gesicherter Trinkwasserversorgung für alle demonstrierten 100.000 Menschen.

Die Wasserversorgung war kein Problem. Beim G8-Gipfel im französischen Evian war die gleichnamige Marke des Lebensmittelkonzerns Danone allgegenwärtig: Danone besitzt nicht nur die Quelle des Edewassers, sondern auch das "Hotel Royal", in dem sich die Staatschefs der sieben reichsten Länder und Russlands Anfang dieser Woche getroffen haben. Der größte Gewinner des Gipfels dürfte damit der französische Konzern sein, dem zum Preis der Versorgung der Gipfelteilnehmer mit kohlenstoffarmem Wasser weltweite Werbung für seine Marke zuteil wurde.

Für die Gegner des Gipfels, die sich bereits einige Tage vor Beginn des G8-Treffens an verschiedenen Orten rund um den Genfer See versammelt hatten, stellte sich die Wasserversorgung schon etwas schwieriger dar. In der sommerlichen Hitze waren die Wasserhähne in den verschiedenen Camps und "intergalaktischen Dörfern" schnell ein zentraler Treffpunkt. Möglicherweise trugen die warmen Witterungsbedingungen dazu bei, dass die Beteiligung an kollektiven Aktionen bis kurz vor Beginn des Gipfels relativ gering ausfiel.

An der größten Demonstration am Sonntag in Genf und Annemasse nahmen nach Angaben der Veranstalter jedoch mehr als 100.000 Menschen teil. Beim Versuch, die

Autobahn zwischen Genf und Lausanne zu blockieren, wurde ein britischer Aktivist schwer verletzt, als die schweizerische Polizei das Seil, an dem sich der Demonstrant von einer Brücke abseilte, zerschnitt. Nach Angaben der Polizei war den Beamten nicht klar, dass ein Mensch an diesem Seil hing. Zeugen bezweifeln diese Aussagen jedoch. Die Schweizer Einsatzkräfte stürmten des Weiteren das Genfer Zentrum "L'Usine", in dem auch das alternative Mediennetzwerk Indymedia arbeitete.

Praxisbeispiele aus dem Süden

Passend zum Gipfel in der Wasserstadt diskutierten sowohl die G8-Mitglieder als auch verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppen (NGO) getrennt voneinander die Situation der mehr als einer Milliarde Menschen weltweit, die ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser sind. Bereits vor drei Jahren wurde im Rahmen der Vereinten Nationen vereinbart, diese Zahl bis 2015 um die Hälfte zu senken.

"Wasser darf keine Ware sein" war der Konsens der Teilnehmer des "Gipfels für eine andere Welt", die sich am Wochenende in Annemasse am Genfer See versammelt haben. Die Konferenz war eins von vielen Angeboten, debattiert wurde zudem zu Themen wie Aids, Verschul-

dung der Länder des Südens oder Waffentransfer. Ein ambitioniertes Programm, das zuweilen einem eher oberflächlichen Volkshochschulkurs glich, in dem bereits bekannte Positionen noch einmal ausgetauscht wurden.

Ein Lichtblick waren darin die 30 Referenten aus den Ländern des Südens, da sie dem hauptsächlich weißen Publikum Berichte konkreter Erfahrungen statt politischen Pamphleten anboten. "Die Privatisierung der Wasserversorgung war ein kompletter Fehlschlag", resümierte etwa Carla Montemayor über Wasserversorgung in der philippinischen Hauptstadt Manila die Probleme mit dem französischen Suez-Konzern. "Sechs Jahre nach der Privatisierung gibt es nur stundenweise Wasser, die Ausweitung der Versorgung auf mehr Menschen hat nicht stattgefunden und Suez diktiert ständig steigende Preise." Suez gehört zu den drei größten im Geschäft mit dem Wasser aktiven Firmen. Gemeinsam mit einer philippinischen Partnerfirma hat der Konzern die Wasserversorgung vom philippinischen Staat übernommen. Doch die Privatisierungsziele wurden nach Montemayors Meinung vor allem wegen des Profitstrebens von Suez verfehlt. Inzwischen beschuldigt die Firma ihre philippinischen Partner der Inkompetenz und hat die Regierung auf Entschädigung für entgangene Profite verklagt.

Auch auf dem offiziellen G8-Gipfel war die Wasserversorgung ein Thema, was jedoch ohne konkrete Folgen blieb. Frankreichs Präsident Chirac versuchte das Treffen, dessen Tagesordnung er als Gastgeber weitgehend diktieren konnte, für eine Imageverbesserung sowohl seiner Regierung als auch der in den letzten Jahren stark kritisierten Zusammenkünfte des Clubs der Mächtigen zu nutzen. "Je länger wir am Thema der Wassersicherung gearbeitet haben, desto mehr haben wir begriffen, dass ohne dieses Ziel andere Entwicklungsziele nicht erreicht werden können", erklärte Chiracs Afrika-Beauftragter und früherer Direktor des Internationalen Währungsfonds, Michel Camdessus.

Dabei ist allerdings gerade die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich äußerst kontrovers. Zwar hat die EU im April einen Fonds mit einer Milliarde Euro angekündigt, um die Wasserversorgung vor allem in afrikanischen Staaten zu verbessern. Gleichzeitig soll allerdings nach den Wünschen derselben EU beim Treffen der Welt Handelsorganisation WTO im September die Liberalisierung der Wasserwirtschaft in den Gats-Vertrag mit aufgenommen werden. Immerhin handelt es sich mit den französischen Unternehmen Vivendi und Suez sowie der deutschen RWE bei den drei weltweit größten Konzernen

dieser Branche um europäische Firmen. Eine Aufnahme der Wasserversorgung in den Vertrag über den freien Handel mit Dienstleistungen würde viele Länder diesen Wasserkonzernen ausliefern.

EU auf Liberalisierungskurs

Ähnlich kontrovers wie der Umgang der EU mit der weltweiten Wassersicherung wurde beim Gegengipfel in Annemasse die Aids-Politik bewertet. Als "rassistisches Nichtstun" bezeichnete etwa Sharon Lynch von der NGO Health Gap die nicht eingehaltenen Versprechen der G8-Staaten. Der "Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose" war vor zwei Jahren beim G8-Gipfel in Genua eingerichtet worden. Durch die Verschleppung der Einzahlungen droht der Fonds allerdings im Oktober bankrott zu gehen – obwohl er gegenwärtig als die einzige wesentliche globale Initiative gegen die Ausbreitung des HI-Virus gilt. Im Januar dieses Jahres stellte US-Präsident George Bush ein ambitioniertes 15-Milliarden-US-Dollar-Programm vor, mit dem vor allem die Ausbreitung des HI-Virus in Afrika verhindert werden soll. Doch die US-Regierung gibt einen großen Teil des Geldes für bilaterale Abkommen aus, anstatt es dem als erfolgreich arbeitenden geltenden "Globalen Fonds" zur Verfügung zu stellen. Sharon Lynch vermutete deshalb, dass Bushs überraschendes Aids-Programm Teil einer Kampagne ist, die den Verkauf preisgünstiger Aids-Medikamente, der so genannten Generika, die patentierte Medikamente kopieren, ebenfalls im Rahmen der WTO verhindern soll. Bereits mehrfach haben amerikanische Pharmakonzerne gegen Staaten im Süden geklagt, die Generika importiert haben – diese Prozesse allerdings spektakulär verloren oder aufgegeben. Nun sollen die Regierungen der stark betroffenen Länder auf einem anderen Weg überzeugt werden, auf Generika zu verzichten.

Die einzige wesentliche finanzielle Zusage an die am ersten Tag des Gipfels zu einem so genannten "Erweiterten Dialog" der G8 anwesenden 12 Präsidenten aus Staaten des Südens kam aus Europa. Nach Angaben des südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki haben die europäischen G8-Staaten am Sonntag versprochen, in Zukunft eine Milliarde US-Dollar pro Jahr an den globalen Aids-Fonds auszuspenden. Präsident Chirac deutete vor der Presse ebenfalls an, dass die EU die amerikanischen Mittel "aufwiegen" werde. Inwiefern diese eher vage Zusage tatsächlich ein Mehr an Mitteln im Kampf gegen Aids bedeutet, wird sich wohl erst auf dem EU-Gipfel in Thessaloniki am 20. Juni herausstellen. Auch gegen dieses Treffen sind Proteste angekündigt.

Alex Veit, Evian

Alex Veit ist freier Journalist und lebt in Berlin. Für die woxx reiste er zum G8-Gipfel nach Evian.